

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de

Es glückte einem Paukenschlag, als Argentiniens neuer Präsident Javier Milei beim diesjährigen Treffen des Weltwirtschaftsforums (WEF) im schweizerischen Davos den Teilnehmern den Spiegel vorhielt. Milei sagte wörtlich: „Heute bin ich hier, um Ihnen zu sagen, dass die westliche Welt in Gefahr ist, und sie ist in Gefahr, weil diejenigen, die die Werte des Westens verteidigen sollen, von einer Weltvision vereinnahmt werden, die unaufhaltsam zum Sozialismus und damit zur Armut führt.“

Sehr vielen, wenn nicht den meisten der mehr als 2.500 Teilnehmern muss kurzzeitig der Atem gestockt haben, denn genau in ihren Reihen befinden sich die Erfinder und Träger jener, von Milei angeprangerten, zerstörerischen „Weltvision“.

Was ist also das Weltwirtschaftsforum, wer ist dort Mitglied, welche Ziele werden verfolgt?

Das 1971 vom deutschen Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab gegründete Forum möchte „den Zustand der Welt verbessern“. Mit dem „Great Reset“ (zu Deutsch „Der Große Neustart“) meint er, im Besitz des Bauplanes der idealen Welt zu sein. Neben ihm fühlen sich überwiegend linke Ideologen und superreiche Weltverbesserer des finanziell-digitalen Komplexes dazu berufen, das Schicksal der Erde in die Hand zu nehmen.

Mit der Verzahnung von Regierungen, Weltkonzernen und großen internationalen Organisationen käme es zu einer einzigartigen Bündelung und Gleichschaltung aller Macht. Eine reiche Elite kontrolliert durch ihre finanzielle Macht Regierungen, den tiefen Staat und Medien, während sich eine verarmte und entrechtete Masse der mehr und mehr plan- und zuteilungswirtschaftlichen Realität ausgeliefert sieht.

Diese „Masse“ soll mit Brot und Spielen bei Laune gehalten werden und durch politische Indoktrination, kulturelle und ethnische Spaltung sowie permanente Angsterzeugung vor Pandemien, Krieg und Terroristen eingeschüchtert bzw. hörig gemacht werden. Man zielt auf die Zerstörung der Familie, der individuellen Freiheit, der Meinungsfreiheit, auf Vernichtung des Wohlstands der westlichen Welt und der westlichen Werte insgesamt. Der mündige Bürger sowie der Mittelstand als Träger



bürgerlicher und demokratischer Werte sind den Globalisten ein Dorn im Auge.

Zwei aktuelle, hochgefährliche Projekte der WEF-Machtelite seien an dieser Stelle genannt:

Mit dem WHO-Pandemievertrag strebt ein kleiner Kreis korrupter, nicht gewählter Funktionäre danach, sich im Falle einer selbsterklärten Pandemie, über die gewählten Vertreter der Nationen und derer Verfassungen zu stellen.

Die Abschaffung des Bargeldes und dessen Ersatz durch digitales Zentralbankgeld würde zur größten Versklavung von Milliarden Menschen führen. Die Träume der Klimaprediger, das menschliche „Klimaverhalten“ mittels Totalüberwachung zu steuern, würden wahr.

Liebe Leser, die WEF-Agenda ist nichts anderes als ein Krieg gegen die kleinen Leute. Ein Krieg gegen diejenigen, die früh aufstehen, um Tag für Tag ihren und den Wohlstand des Landes zu erarbeiten.

In Deutschland begann dieser bereits mit Angela Merkels „Großer Transformation“.

Die Ampelregierung setzt ihn mit aller Gewalt fort. Der keine Grenzen zu kennen scheinende Irrsinn trägt die Namen „Energiewende“, „Wärmewende“, „Verkehrswende“, „Ernährungswende“ usw.

Doch Widerstand gegen den linkstotalitären Wahnsinn wächst. Immer mehr Menschen erkennen, dass die Klima-Ideologie und die Öffnung unseres Sozialstaates für Menschen aus aller Welt unsere Freiheit und unseren Wohlstand zerstören. Das Erstarken der AfD ist ein Zeichen dafür.

Der Globalismus befindet sich, wie auch der grüne Zeitgeist, auf dem absteigenden Ast. Daran ändern auch die sowohl von der Bundesregierung als auch von der CDU-geführten Sächsischen Staatsregierung orchestrierten Medienkampagnen und Aufmärsche gegen die demokratische Opposition nichts.

Zeigen wir bei den Kommunalwahlen und der Europawahl am 9. Juni und bei der Landtagswahl am 1. September den Altparteien die rote Karte!

Mario Beger,
Mitglied des Landtages

BRANDMAUER IM GROSSENHAINER STADTRAT?

In der Stadtratssitzung im Februar brachten wir den Beschlussvorschlag „Ergänzungssatzung nördlicher Teilbereich Wohngebiet Nord-west“ ein. Mit dieser Ergänzungssatzung geht es baurechtlich darum, für die Bürger klarzustellen, was Innen- und was Außenbereich ihrer Grundstücke ist. Auch in den Ortsteilen spielt das Thema eine große Rolle. Dort werden in den kommenden Jahren mehrere Ergänzungssatzungen zu beschließen sein.

Alle Stadträte haben unserem Antrag zugestimmt. Wir bedanken uns bei der CDU, Gemeinsam für Großenhain und Die Linke. Die vielbeschworene Brandmauer der Altpartien gegenüber der AfD gibt es auf kommunaler Ebene fast nicht. Hier zählen ganz klar die Interessen der Bürger, Vernunft sowie gesunder Menschenverstand.

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain



WIE VIELE KINDERGÄRTEN KANN SICH DIE RÖDERAUE LEISTEN?

Die niedrige Geburtenrate von durchschnittlich nur 1,36 Kindern pro Frau in Deutschland hat auch Auswirkungen auf die Röderau. Die politischen Vorgaben aus Berlin zwingen uns zuweilen zu schwierigen Entscheidungen. Um langfristig die Betreuung unserer Kinder in der Gemeinde sicherzustellen, sind diese aber unumgänglich. Die derzeitige Auslastung der Kindergärten von 48 Prozent in Frauenhain und 52 Prozent in Pulsen ist wirtschaftlich nicht länger tragbar und verursacht der Leuchtpunkt gGmbH sowie letztendlich der Gemeinde hohe Kosten.

Leider wurden dem Gemeinderat in der Vergangenheit unrealistische Zahlen vorgelegt. Sowohl die Auslastung als auch die Prognosen waren viel zu hoch angesetzt. Eine Überprüfung des baulichen Zustandes der beiden Kindergärten durch die Landesdirektion Sachsen und das Jugendamt Meißen hatten bereits 2019 erhebliche Mängel ergeben, insbesondere im Brandschutz und auch arbeitschutzrechtliche Probleme. Es wurde deutlich, dass eine dringende Sanierung erforderlich ist, um die Einrichtungen offen zu halten. Obwohl damals der Gedanke an einen Neubau aufkam, wurde dieser, basierend auf den uns damals vorgelegten Zahlen, verworfen und stattdessen die Sanierung beider Einrichtungen beschlossen. Jedoch führten politische Entscheidungen der Ampelregierung in Berlin zu enormen Kostensteigerungen bei den Bauarbeiten, die für unsere kleine Gemeinde nicht mehr zu stemmen sind.



Nach der Bürgermeisterwahl im Sommer 2022 wehte mit Bernd Schuster ein frischer Wind durch das Gemeindeamt und es wurde immer deutlicher, wie die tatsächliche Situation aussieht: weniger Kinder, eine angespannte Haushaltslage und die Zeit drängt. Eine Entscheidung muss her, sonst sind die Kinder und damit unsere Zukunft weg.

Das Hortgebäude in Pulsen, welches sich noch in der Sanierung befindet, kann zur zentralen Kindereinrichtung mit Krippe, Kindergarten und Hort umfunktioniert werden. Der Landkreis hat bereits grünes Licht dafür gegeben. Es ist Platz für etwa 87 Kinder, von der Krippe bis zur vierten Klasse wären sie an einem Standort. Ein komplett saniertes Gebäude nach den aktuellen Standards würde zur Verfügung stehen.

In naher Zukunft wird der erste Bauabschnitt fertiggestellt und dann können die Frauenhainer Kinder mit ihren Erziehern, die jetzt alle in Pulsen sind, noch einmal in ihren alten Kindergarten zurückkehren. Die weitere Zukunft des Gebäudes in Frauenhain bleibt abzuwarten.

Als Gemeinderat der AfD setze ich mich dafür ein, dass das Gebäude kein Asylheim wird. Ich verstehe die Sorgen in der Bevölkerung, sehe sie jedoch derzeit als unbegründet an, da lediglich ein Wertgutachten zur Debatte steht und auch eine Vermietung des Gebäudes in Frage kommt. Eine Nachnutzung als Tagespflege oder Seniorenbetreuung wäre möglich.

Für die Zukunft wünsche ich mir mehr Kommunikation mit den Bürgern. Kommt zu den Gemeinderatssitzungen und informiert euch!

Eine familienfreundlichere Politik in Berlin ist dringend erforderlich. Es kann nicht sein, dass ein Kindergeldantrag über zwei Monate Bearbeitungszeit benötigt. Die Kinder sind unsere Zukunft, auch dafür sollten die Städte und Kommunen mehr Zuschüsse erhalten.

Am 9. Juni AfD wählen!

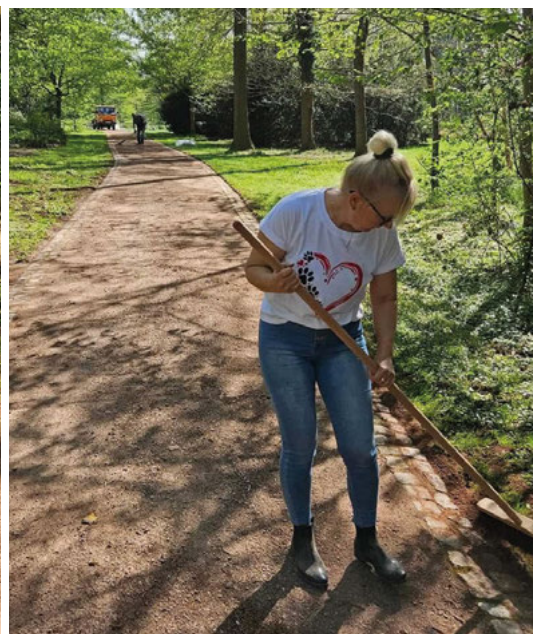
Christian Guhlemann,
AfD-Gemeinderat in Röderau



DEN STADTPARK RAUSGEPUTZT

Natürlich waren auch dieses Jahr wieder Mitglieder unserer Stadtratsfraktion unter den rund 80 engagierten Teilnehmern des alljährlichen großen Frühjahrsputzes der Stadt Großenhain. Schließlich war die Forderung nach einer „Sauberen Stadt“ unser erster Antrag im Stadtrat, und wir reden nicht nur, wir machen auch.

Unser besonderes Augenmerk lag dabei auf der Verschönerung unseres idyllischen Stadtparks, denn hier wird im Juni das „Erlebnisfest der Sinne“ stattfinden. Mit viel Enthusiasmus und guter Laune machten wir uns an die Arbeit, denn dieses wundervolle Areal bedarf regelmäßiger und intensiver Pflege, um seine Schönheit zu erhalten. Gemeinsam haben wir Hand in Hand gearbeitet, Unkraut gejätet und Wege gesäubert.



Wir sind stolz darauf, nicht nur als politische Stimme, sondern auch als aktive Bürger unsere Stadt mitzugestalten und zu verschönern. Die Teilnahme am Frühjahrsputz ist ein symbolisches Zeichen unseres Engagements für eine lebenswerte und gepflegte Umgebung für alle Einwohner von Großenhain.

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

ANERKENNUNG FÜR DIE LEISTUNGEN DER FREIWILLIGEN FEUERWEHREN

In den Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren Gröditz und Ortsteilen wurden von den Wehrleitern sehr umfangreich die Aufgaben, die Einsätze und die Ausbildung der Kameradinnen und Kameraden dargelegt. Es ist eine sehr vielseitige und langwierige Ausbildung nötig, um den Einsätzen schnell und professionell gerecht zu werden. Die Einsätze erfordern ein schnelles, fehlerfreies Handeln von jeder einzelnen Einsatzkraft zu jeder erdenklichen Zeit. Es sind in den Wehren enorm viele Ausbildungs-, Wartungs- und Einsatzstunden angefallen. Alle diese Stunden erfolgen in der Freizeit der Kameradinnen und Kameraden und verdienen unsere Hochachtung, denn diesen Willen und die Durchhaltekraft muss man erst einmal aufbringen. Aber auch die Jugend ist mit wahrer Begeisterung bei der Sache, um sich Wissen und Können anzueignen, Vorbilder haben sie ja reichlich in den Wehren. Aus den Rechenschaftsberichten war aber auch zu erfahren, dass es Mängel und Defizite bei Ausrüstungsgegenständen und Dokumenten gibt. Die Erhaltung und Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Wehren gehört zu den Pflichtaufgaben der Kommune und ist nicht verhandelbar. Die Stadträte der AfD setzen sich vehement für genau diese Sicherstellung ein.



Durch die Mehrheit der Gröditz Stadträte wurden Gefälligkeitsstudien zur Oberschule „Siegfried Richter“ beschlossen, die nichts darüber aussagen, was eine einfache Sanierung der Schule kostet. Ein Teil des Geldes, welches für diese einseitig ausgerichteten Studien zum Fenster hinausgeworfen wurde, wäre bei den Feuerwehren garantiert besser angelegt gewesen.

Feuerwehr bedeutet Gemeinschaft und oft

auch Lebensmittelpunkt und das zu jeder Zeit und nicht nur vor den Wahlen. Vielen Dank für das Engagement, Herzblut und den Einsatz im ländlichen Raum.

In diesem Sinne wünschen wir allen Kameradinnen und Kameraden

Gut Wehr!

AfD-Stadtratsfraktion Gröditz

FÜR DIE INTERESSEN DER BÜRGER

Unsere Stadtratsfraktion organisiert monatlich einen Stammtisch in Gröditz, der eine Gelegenheit zum Austausch mit den Bürgern bietet. Neben unseren Stadträten und den Kandidaten für die bevorstehenden Stadtrats- und Kreistagswahlen begrüßen wir oft auch Mario Beger, Mitglied des Landtages und Direktkandidat im Wahlkreis 37. Bei unseren Bürgerstammtischen werden sowohl die Themen der Stadtratssitzungen als auch Anliegen und Fragen der Bürger von Gröditz besprochen.

Mit der Wahl am 9. Juni entscheiden die Bürger von Gröditz, wer künftig im neu zu wählendem Stadtrat richtungsweisende Entscheidungen treffen soll. Wie soll die Zukunft von Gröditz gestaltet werden? Sollen die Bürger durch Gebühren und Abgaben belastet oder entlastet werden? Welche Positionen werden die Stadträte zu den Hebesätzen für Grund-, Gewerbe- und Hundesteuern einnehmen?

Kommen Sie mit uns in Gespräch!

AfD-Stadtratsfraktion Gröditz



AfD-Stammtisch in Gröditz

Termine für 2024:

Mittwoch, 29.05./19.06./24.07./28.08./25.09./23.10./27.11./18.12.

Beginn: 19 Uhr

Ort: Gaststätte Sportlerheim, Waldweg 3, 01609 Gröditz



Eine Woche lang stand das Wahlplakat in Gröditz, bevor es zum Ziel von Vandalen wurde. Diese Zerstörungswut hat absolut nichts mit Demokratie zu tun. Vandalismus gegen Wahlplakate ist kein Dummer-Jungen-Streich, sondern eine strafbare Handlung. Anzeige wurde erstattet.

GRUNDSATZFRAGE: WAS KANN DIE AfD IN DER OPPOSITION BEWIRKEN? UND WAS NICHT?

Häufig werde ich gefragt: „Warum soll ich Euch wählen, bis jetzt hat sich mit Euch nichts geändert?“ Nun, das stimmt nicht, wie ich gleich zeigen werde. Aber zuerst muss man sich bewusst werden, was es überhaupt bedeutet, eine Oppositionspartei zu sein. Das scheint vielen nicht klar zu sein. „Opposition“ bedeutet „Entgegensetzung“ und in der Politik „im Widerspruch zur Mehrheit zu stehen“ (Bundeszentrale für politische Bildung). Oppositionsparteien sind demnach diejenigen, die nicht in der Regierung sind. Das bedeutet natürlich ganz simpel, nicht die gleichen Möglichkeiten zur Machtausübung zu haben wie die Regierungsparteien. Wer glaubt, eine Partei wie die unsere, die noch dazu als einzige echte Alternative zu den Altparteien bekämpft wird bis aufs Messer, könne ruckzuck alles umkrempeln, der hat das politische System nicht verstanden und träumt.

Keine Partei in der Opposition kann also Wunder wirken, ABER sie ist auch keineswegs machtlos. Welche Mittel stehen uns in dieser Rolle nun zur Verfügung und wie haben wir sie genutzt? Die Aufgabe der Opposition ist grundsätzlich, die Regierung zu kritisieren und unter Handlungsdruck zu setzen, indem sie Fehler, Versäumnisse und gegebenenfalls Skandale aufdeckt – und davon hat die Ampel ja nun reichlich zu bieten. Das gilt auch für unsere Landesregierung. Das Mittel

dieser Aufdeckung sind Anträge sowie Große und Kleine Anfragen. Sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen müssen diese innerhalb einer bestimmten Frist (meist vier Wochen) beantworten. Fragt man präzise und geschickt, erhält man oft genug entlarvende Antworten. Ich darf sagen, dass wir hier als AfD Sachsen gute Arbeit geleistet haben. Das lässt sich übrigens leicht nachvollziehen, denn alle Parlamentsdokumente sind öffentlich einsehbar im Edas-System des Sächsischen Landtags (<https://edas.landtag.sachsen.de/>). Hier kann jeder Bürger sehen, welche Anträge und Anfragen eine Partei und die einzelnen Abgeordneten gestellt haben, und welche Antworten die Landesregierung gegeben hat.

Beispiele für die Effekte unserer Arbeit gefällig? Ministerpräsident Kretschmer „pocht auf konsequente Abschiebungen“, war Anfang März im Spiegel und anderswo zu lesen. Das dürfte so viel wert sein wie alle Ankündigungen der Altparteien, ABER: Ohne unsere Aufdeckungsarbeit hätte er das niemals gefordert. Und: Die Wähler werden die CDU künftig an diesem vollmundigen Versprechen messen... Wir legen den Finger weiter in die Wunde, soviel ist sicher. Und das zeigt Wirkung: Im Dresdner Stadtrat beispielsweise sah sich die CDU gezwungen, dem AfD-Antrag auf Bezahlkarte für Asylbewerber zuzu-

stimmen. Warum gezwungen? Ganz einfach: Die Altparteien können unseren Themen nicht ausweichen, weil wir reale Probleme ansprechen, nicht ausgedachte. Daran kann auch ein Oberbürgermeister Hilbert auf die Dauer nichts ändern! Die Wirklichkeit lässt sich nicht „weggendern“!

Übrigens: Unsere Große Anfrage (7/13581)¹ deckte auf, dass die Corona-Politik der sächsischen Staatsregierung auf einer haarsträubend fehlerhaften Datengrundlage beruhte. So etwas können die Medien auf die Dauer nicht unter den Teppich kehren, wie die laufende Debatte auch im Bund zeigt. Solche Ergebnisse müssen verbreitet und die Menschen darauf aufmerksam gemacht werden! Der RKI-Skandal hat mittlerweile dank der Arbeit unserer Bundestagsfraktion sogar die Tagesschau erreicht. Es ist uns gelungen, aufzuklären und das Meinungsklima zu verändern. Nur dieser Weg führt in Regierungsverantwortung. Nicht nur in Sachsen, sondern im gesamten Land.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages

¹ Titel: „Evaluation des Regierungs- und Behördenhandelns während der Corona-Krise“

BAUERNPROTESTE: WAS KOMMT NACH DEM AUFSTAND DER FLEISSIGEN?

Es waren Bilder, die man nicht so schnell vergisst: Anfang Januar blockierten im ganzen Freistaat Landwirte die Autobahnauffahrten. Die Bürger wurden rechtzeitig informiert, für Polizei sowie Krankenwagen wurden Durchfahrten geschaffen und dafür gab es allgemeine Anerkennung – ganz im Gegensatz zu manch anderen anarchischen Straßenkleebern. Vielmehr erhielten unsere Landwirte herzliche Unterstützung: Von Kaffee und Tee bis hin zu Brötchen und Würstchen.

Die Forderung unserer Bauern war einfach: „Gebt uns den Agrardiesel zurück!“ Die Ampel-Regierung im Bund hatte Ende letzten Jahres unerwartet sowohl die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge, die sogenannten grünen Nummernschilder, als auch die Agrardieselerückstattung gestrichen. Während die grünen Kfz-Schilder im Zuge der umfassenden Proteste erhalten bleiben, beharrt die Bundesregierung weiter

(Stand März 2024) stur und starr auf Streichung der Agrardieselvegütung. Diese beträgt fest 21,48 Cent je Liter im land- und forstwirtschaftlichen Einsatz.

Die AfD-Fraktion hat sich im Landtag für eine Beibehaltung der Agrardieselerückstattung stark gemacht (Drucksache 7/15608).

Doch diese jüngsten Kürzungen sind nur der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat: Immer mehr Bevormundung, immer mehr Bürokratie und immer weniger Förderung sowie Ausgleich sind seit Jahren Alltag für unsere Landwirte. Die müssen nämlich über die Jahre mehr Umwelanforderungen im Rahmen ihres Antrages auf Agrarförderung erfüllen. Reichte es beispielsweise vor über zehn Jahren noch, einfaches Senf-Saatgut als Winterzwischenfrucht auszustreuen, muss jetzt zur Förderfähigkeit eine zertifizierte und chargennummerngerechte Saatgutmischung aus verschiedenen Pflanzensorten ausgebracht werden. Das bedeutet letztendlich mehr Aufwand und höhere Kosten bei gleichbleibendem Förderniveau.

Ein weiteres Ärgernis für Bauern mit Tierhaltung sind ausufernde Umweltvorschriften

sowie sich ständig ändernde Bauvorgaben. Eine tierwohlgerechtere Stallmodernisierung ist so kaum möglich. Auch hier haben wir uns als sächsische AfD-Fraktion für mehr Planungssicherheit und für weniger Bürokratie-Irrsinn eingesetzt (Antrag 7/13155).

Was bleiben den Bauern nun für Lehren aus den Massenprotesten? Sie werden verstanden – nicht von den linken Regierungsvertretern, sondern vom normalen Volk. Sie werden unterstützt und wertgeschätzt. Doch letztendlich ändert sich nicht fundamental ihre Lage. Nachdem Sachsens Landwirte am 10. Januar vor der Dresdner Semperoper eindrucksvoll für weniger Bürokratie demonstriert haben, droht nun genau das: Gerade einmal acht Tage später wurde im Landtag das von der Schwarz-Grün-Roten Koalition gefasste Agrarstrukturgesetz angehört. Dieser Gesetzentwurf wurde von fast allen Bauernverbänden als Bürokratiemonster eingestuft. Bleibt nur im Interesse unserer Bauern zu hoffen, dass die CDU sich nicht wieder einmal von den Grünen über den Tisch ziehen lässt.

Christian Reck,
AfD-Kreisrat



ZEIT ZU HANDELN - HANDWERK STÄRKEN UND VON BÜROKRATIEAUFWAND ENTLASTEN

Mit einem neuen Antrag im Landtag will die AfD-Fraktion das sächsische Handwerk stärken, finanziell unterstützen und von unnötiger Bürokratie entlasten (7/16209).

Das Handwerk ist das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft. Jeder siebte Erwerbstätige, jeder vierte Auszubildende und jedes vierte Unternehmen in Sachsen gehören dem Handwerk an. Doch seine Zukunftsaussichten sehen aufgrund falscher Politik nicht gut aus: Ungeklärte Betriebsnachfolgen und ausufernde Bürokratie schrecken immer mehr Handwerksmeister davon ab, einen neuen Betrieb zu gründen oder einen etablierten zu übernehmen. Zusätzlich muss insgesamt die Attraktivität des Handwerks gestärkt werden. Deshalb fordert die AfD finanzielle Anreize für Handwerksbetriebe. Der Freistaat soll den Meisterbonus erhöhen, damit dieser eine echte Anreizwirkung hat und eine darüber hinausgehende Förderung der Meisterqualifikation im Bereich aktueller und drohender

Mangelberufe zulässt. Die anfallenden Kosten für die freiwillige Ausbildung zum Techniker an privaten Bildungsakademien sollen zur Hälfte vom Freistaat übernommen werden. Es müssen die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer Prämie für die Gründung eines neuen Betriebes geschaffen werden. Zudem soll die Vorfalligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abgeschafft und die Aufbewahrungspflicht von Rechnungen auf fünf Jahre gekürzt werden. Auch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) gehört aufgrund seiner Praxisuntauglichkeit schnellstmöglich abgeschafft, gerade für Handwerksbetriebe, die keine Möglichkeit haben, die gesamte Lieferkette zu überprüfen.

Sachsen soll wieder der Innovationsmotor in Deutschland werden, dafür braucht es eine gute Politik für Handwerk und Mittelstand. Unser Ziel ist es, Unternehmensgründungen zu vereinfachen und den Gründergeist wieder aufleben zu lassen.

Mut zum eigenen Unternehmen wird von uns geachtet und nicht behindert.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



AMI, GO HOME! FÜR DEN FRIEDEN IN DER UKRAINE UND EUROPA

wussten Sie, dass mindestens 28 Prozent der Ukraine de facto US-Finanzkonzernen gehören?

Billionenschwere Investmentunternehmen wie Vanguard, Blackstone und BlackRock haben in den letzten Jahren insgesamt 17 Millionen Hektar Land erworben. Zum Vergleich: Die landwirtschaftliche Nutzfläche von ganz Italien beträgt 16,7 Millionen Hektar!

Diesem Ausverkauf ihres Landes an ausländische Investoren haben die Bürger der Ukraine nie zugestimmt. Im Gegenteil: 81 Prozent der Ukrainer waren dagegen. Vom „Krieg um Ackerland“ in der Ukraine wusste übrigens auch die deutsche Mainstream-Presse bereits 2015, als Alexandra Endres (DIE ZEIT) konstatierte, die Felder in der Ukraine zählten zu den besten der Welt. Schon 2015 wetteiferte die halbe Welt „um die ukrainische Schwarzerde“. Endres recherchierte, dass nur in Afrika ausländische Investoren noch größere Flächen kontrollieren. Die USA gingen dabei „sehr aggressiv“ vor, gab das amerikanische Oakland Institute selbst zu.

Sekundiert wurde dieser ökonomische Wettlauf von der Europäischen Union. Sie forderte die Ukraine beständig zur Öffnung der Landwirtschaft für ausländische Investoren auf. Die Öffnung des dortigen Bodenmarkts erfolgte dann zum 1. Juli 2021 (Gesetz Nr. 552-IX). Seitdem haben amerikanische Agrar- und Finanzkonzerne sich große Teile des Landes einverleibt. Von den Gewinnen bekam die ukrainische Bevölkerung nichts – sie wurden vielmehr in Steueroasen verschoben. Unter diesem dubiosen Geschäftsmodell leidet die ganze europäische Landwirtschaft. Wegen des uk-

rainischen Billiggetreides befinden sich seit Mitte 2022 die Preise für Weizen und Mais im Sinkflug. Verständlich, dass dies bei den Bauernprotesten zur Sprache kommt.

Stellen Sie sich nun einmal vor, Russland würde ein Drittel aller Flächen in Mexiko oder Kanada aufkaufen. Glaubt irgendjemand ernsthaft, die USA nähmen das achselzuckend als Ausdruck des freien Marktes hin?

Hier noch ein weiteres Beispiel der indirekten Einflussnahme der USA auf die Ukraine: Im August 1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit von der damaligen Sowjetunion. Doch schon im April 1990 gründete ein gewisser George Soros die „International Renaissance Foundation“ (IRF) in Kiew. Die IRF von Soros machte es sich zur Aufgabe im Umbau des Bildungssystems der Ukraine mitzuwirken. Nebenher ist die IRF laut Eigenangaben auch die größte Geldgeberin für die ukrainische „Zivilgesellschaft“. Wenn irgendeine amerikanische Stiftung den sächsischen Lehrplan für unsere Schulen umschreiben würde, hielte ich das für skandalös. Warum aber wird eine solche Fremdbestimmung in der Ukraine von der deutschen Regierung sogar noch bejubelt?

Der Westen mit den USA an der Spitze hat sich in den letzten drei Jahrzehnten militärisch, kulturell und ökonomisch weit nach Osten

ausgebreitet, was Russland als „größte geopolitische Katastrophe“ empfand. Das hat vor allem historische Ursachen: Bis 1945 wurde Russland „durchschnittlich alle 33 Jahre in Kämpfe in oder an der nordeuropäischen Tiefebene verwickelt“, analysiert der renommierte BBC-Journalist Tim Marshall. Hinzu kommt die strategische Bedeutung des Schwarzmeerhafens Sewastopol auf der Krim, einer der wenigen ganzjährig eisfreien Häfen Russlands. Noch 1997 gelang es, die Konflikte um diesen Hafen mit einem „ukrainisch-russischen Freundschaftsvertrag“ zu entschärfen. Die damals vorhandene Kompromissbereitschaft, zu der unter anderem die Beschränkung von NATO-Truppen in Osteuropa zählte, sucht man heute leider vergebens.

Wenn es im Bundestag um Waffenlieferungen an die Ukraine geht, findet ein trauriger Überbietungswettbewerb statt. Die CDU eines Friedrich Merz tritt dabei noch militaristischer und amerikahöriger auf als die Ampel-Parteien. Nach zwei grausamen Kriegsjahren sind diplomatische Bemühungen jedoch wichtiger denn je. Sie könnten den Frieden bringen, wenn Europa den USA deutlich signalisiert, sich bitte aus der Ukraine zurückzuziehen.

Jörg Urban,
AfD-Landesvorsitzender Sachsen



NUR WÄHLEN GEHEN REICHT NICHT – JETZT AKTIV WERDEN! WIR BRAUCHEN DICH!

Die AfD ist mehr als nur eine Partei. Wir sind die letzte ernstzunehmende konservativ-patriotische Bewegung in Deutschland und die letzte Hoffnung auf einen politischen Wandel.

Als Mitglied der AfD wird man Teil einer großartigen Gemeinschaft und auch Mitbestimmer der innerparteilichen Ausrichtung. Egal, ob aktiv in der ersten Reihe oder als stille Stütze im Hintergrund, wir brauchen jede Unterstützung. Deutschland braucht dich – werde aktiv!

Bei Fragen zur Mitgliedschaft –
gern eine E-Mail an blauewahlkreispost@gmail.com.

SIE HABEN DIE WAHL!

Das politische Unvermögen der Ampel-Regierung hat unser Land in eine Dauerkrise geführt. Darum ist es umso wichtiger, dass auf lokaler politischer Ebene die erforderlichen Schwerpunkte gesetzt werden, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Die AfD will eine bürgernahe und sachorientierte Kommunalpolitik mitgestalten. Deshalb lehnen wir die Praxis ab, Entscheidungen allein aus parteipolitischen Gründen zu treffen. Mit uns wird es keine Verbote geben, an guten Beschlüssen anderer Fraktionen mitzuwirken. Eine Ausgrenzungspolitik aufgrund ideologischer Brandmauern verurteilen wir aufs Schärfste.

Jedes Amt, das wir erringen, schlägt eine Lücke in diese Brandmauer. Aber das wird kein Spaziergang, uns wird nichts geschenkt werden. Unsere Gegner lassen nichts unversucht, um uns zu bekämpfen und zu schaden. Den etablierten Parteien und der Mainstream-Presse wird keine List zu schmutzig, keine Diffamierung zu unanständig sein, um uns zu stoppen.

Unsere Kandidaten für die Ortschafts-, Gemeinde- und Stadträte sowie den Kreistag werden sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass Ihre Anliegen und Forderungen Gehör finden und in unseren Kommunen umgesetzt werden können.

Geben Sie uns Ihre Stimme bei der Kommunalwahl, denn nur die AfD hält, was andere versprechen. Lassen Sie uns gemeinsam eine Zukunft für unser Land und unsere Kinder gestalten.



Geben Sie Ihre Stimme der einzigen Alternative die unser Land noch hat – der Alternative für Deutschland!

Mario Beger, AfD-Stadtrat
in Großenhain und Mitglied des Landtages



Knapp 80 Jahre sind seit dem letzten Weltkrieg vergangen, der Deutschland fast vollständig zerstört hat. Und wieder liegt Krieg in der Luft! Die Zeichen für ein aktives Eingreifen der NATO – und damit auch der Bundeswehr – in den Ukraine-Konflikt werden immer deutlicher. Während die Deutschlandhasser von Ampel und Union schon seit Monaten verbal mit dem Säbel rasseln, will auch Ursula von der Leyen ihre nächste EU-Kommission auf Kriegswirtschaft trimmen, sollte sie nach den Europawahlen am 9. Juni für weitere fünf Jahre EU-Kommissions-Präsidentin bleiben. Eigentlich war die Europäische Union als Friedensprojekt gegründet worden. Von der Leyen

strebt allerdings eine Kehrtwende an – gemeinsame Beschaffung von Waffen und Verteidigung, Überwachung der Rüstungsproduktion, ein eigener EU-Kommissar für Verteidigung. Sie will die europäische Industrie auf Kriegswirtschaft umstellen, mit Milliardeninvestitionen soll die Produktion von Waffen und Munition angekurbelt und Unternehmen im Zweifelsfall zur Umstellung ihrer Produktion gezwungen werden. Solche Pläne lassen tief blicken.

Die einzige politische Stimme gegen diesen Wahnsinn versucht man, mit Regierungsdemos und Bespitzelung zum Schweigen zu bringen. Aber wir werden auch weiterhin unsere Stimme erheben – für unser Land und für die Menschen, die hier leben.

Friedenspolitik wird es nur mit der AfD geben!

Mario Beger,
Mitglied des Landtages





HERZENSANGELEGENHEITEN

Wie jedes Jahr zu Ostern haben wir an diejenigen gedacht, die in schwierigen Zeiten sind, und ihnen eine kleine Geste der Nächstenliebe zuteilwerden lassen.

Unsere engagierten Helfer haben mit großer Hingabe hübsche Osterpräsente zusammengestellt, die vollständig aus großzügigen privaten Spenden finanziert wurden. Beim Überreichen der liebevoll verpackten Geschenke wurden wir von strahlenden Gesichtern empfangen, die Freude und Dankbarkeit zeigten. Ein herzliches Dankeschön gebührt all jenen, die durch ihre Unterstützung, ihre liebevolle Vorbereitung und ihre Hilfe bei der Übergabe dies ermöglicht haben.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



Sachsens CDU bangt darum, wieder stärkste Partei zu werden. Der SPD droht die Bedeutungslosigkeit, der Höhenflug der Grünen nähert sich dem Ende, Die Linke stagniert, der Wiedereinzug der FDP in den nächsten Landtag ist fraglich. Nur die AfD befindet sich weiter im Aufwind – und im heftigen politischen Gegenwind!

Die seit mehr als 30 Jahren mit wechselnden Partnern in Sachsen herrschende, berlinhörige CDU regiert Sachsen immer tiefer in die Sackgasse – überregulierter Mittelstand, vernachlässigter ländlicher Raum, arbeitsplatzvernichtende Energie-Abenteuer. Damit muss endlich Schluss sein!

Die AfD steht für einen Politikwechsel, Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft, Wiederherstellung der Inneren Sicherheit, Bewahrung des Rechtsstaates und ideologiefreie Bildungspolitik.

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

Mario Beger, Mitglied des Landtages

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56
BIC: OSDDDE81XXX
Verwendungszweck: Spende Wahlkampf Mario Beger
Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben



Impressum:

Herausgeber:

Mario Beger, Mdl
Dresdner Str. 7
01558 Großhain
Telefon: 03522-5596 187
blauewahlkreispost@gmail.com
Mario Beger, Mdl
Druckhaus Scholz GmbH

E-Mail:
V.i.S.d.P.:
Druck:

Auflagenhöhe:
Ausgabe:

26.000 Stück
Nr. 7 / Mai 2024

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, Mdl

Web: www.mario-beger.de

Facebook: www.facebook.com/MarioBegerAfD

Telegram: t.me/mariobeger